

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 09 / 2017

PARTEILEBEN

125. Geburtstag der BayernSPD

Feier am Gründungsort

Seite 3

BUNDESTAGSWAHL

10 gute Gründe, am 24. September die SPD zu wählen

Gute Argumente für Martin Schulz und die SPD

Seiten 6 und 7

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



jetzt heißt es noch einmal alles geben. Bis zum 24. September werden wir keine Gelegenheit auslassen, um für die SPD und unser Programm zu werben. Wir stehen für das moderne Deutschland in einem starken, geeinten Europa.

Wir zeichnen damit einen scharfen Kontrast zum konservativen Stillstand. Ein „Durchwurschteln“ à la Merkel werden wir nicht durchgehen lassen. Es kann nicht angehen, dass man sich als Regierungschefin der politischen Diskussion weitgehend entzieht und beispielsweise bei der Rente jegliche Aussage verweigert.

Mit einem einfachen „Weiter so“ lässt sich die Zukunft unseres Landes nicht gewinnen. Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zur Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit. Deswegen muss Martin Schulz Bundeskanzler werden.

Euer

Thorsten Brehm

Nürnberg stärken!

Barbara Hendricks und Olaf Scholz zu Besuch



Stadtrundgang durch die Altstadt - OB Uli Maly mit Barbara Hendricks, Martin Burkert und Gabriela Heinrich

VON GABRIELA HEINRICH, MdB UND
MARTIN BURKERT, MdB

Gleich zwei hochrangige Bundespolitiker konnten wir in Nürnberg begrüßen. Umwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz kamen vorbei, um vor Ort den Austausch zu suchen.

Auch Stadtnatur braucht Schutz

Auch die Stadtnatur braucht Schutz. Das wurde beim Austausch von Barbara Hendricks mit VertreterInnen des Nürnberger Bündnisses für Biodiversität deutlich. In Nürnberg leben

allein 17 Fledermausarten, die unter Schutz stehen. Bei Gebäuden muss stärker auf Naturschutz geachtet werden. Nischen und Spalten bieten Lebensraum, nicht nur für Fledermäuse, sondern auch für Vogelarten, die dort brüten. Wichtig ist es, bei der Sanierung und Wärmedämmung Klima- und Artenschutz zu vereinen. Deutlich wurde auch, dass Umweltbildung wichtig ist, mit der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen.

Mehr Stadtgrün für Lebensqualität

Die von Hendricks gestartete „Naturschutz-Offensive 2020“ hat ein eigen-

ständiges Kapitel „Grün in der Stadt erleben“ und macht deutlich, dass Natur die Lebensqualität in der Stadt steigert. Mit dem Programm „Zukunft Stadtgrün“ fördert das Ministerium jetzt auch Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Grüns. Der Nürnberger Westen ist als Programmgebiet bei der Förderung dabei.

Städtebauförderung für Nürnberg

Im anschließenden Austausch von Hendricks mit Oberbürgermeister

Davon profitiert auch Nürnberg. Allein in diesem Jahr werden die Fördergebiete Gleißhammer/St. Peter, Altstadt-Süd, St. Leonhard/Schweinau, Langwasser und die nördliche Altstadt mit fast zwei Millionen Euro aus Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ unterstützt. Hinzu kommen 1,8 Millionen für das Gemeinschaftshaus Langwasser. Übrigens: viele weitere Projekte in Nürnberg werden auf Initiative der SPD vom Bund mit weiteren acht Millionen Euro unterstützt, darunter der Bahnhofsplatz, das Bürgeramt in Nürnberg-Fischbach und die Kunsthalle.

Quartiersentwicklung im Mittelpunkt steht. Der Wohnraum in der denkmalgeschützten Anlage wird energetisch saniert, gleichzeitig soll barrierefreies Wohnen ermöglicht werden, zumal hier viele Ältere wohnen.

Stadtquartiere aufwerten

Bei dem anschließenden Besuch der Michael-Ende-Schule mit einem Rundgang ging es darum, die Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft zwischen der Stadt und der wbg kommunal vorzustellen. LehrerInnen und ErzieherInnen kümmern sich hier in einem in Bayern einzigartigem Modell gemeinsam um die Bildung der Grundschul-



Olaf Scholz (rechts) beim Baustellenbesuch mit Gabriela Heinrich und Ralf Schekira (wbg)



Olaf Scholz und Gabriela Heinrich in der Michael-Ende-Schule



Martin Burkert, Barbara Hendricks und Gabriela Heinrich bei Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern des Nürnberger Bündnisses für Biodiversität



Gutschein für faire Kleidung - glore-Gründer Bernd Claude Hausmann übergibt Barbara Hendricks Geschenk von Heinrich und Burkert

Uli Maly und Vertretern des Bauamts stand die Städtebauförderung im Mittelpunkt. Was mithilfe des Bundes angegangen worden ist und werden soll, zeigten Uli Maly und die Stadtvertreter der Ministerin beim Rundgang in der Altstadt. Hendricks machte deutlich, dass die SPD die unter Schwarz-Gelb zusammengestrichene Städtebauförderung wieder massiv ausgebaut hat und diesen Kurs fortsetzen will.

Soziale Quartiersentwicklung

Bei dem Besuch von Olaf Scholz ging es vor allem um die Herausforderungen im Bereich der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, vor denen Hamburg wie auch Nürnberg stehen. Bei einer Baustellenbesichtigung in der wbg-Parkwohnanlage West stellte die wbg ihr Konzept vor, bei dem die soziale

kinder in der Ganztagschule. Mit Angeboten wie der flexiblen Grundschule, Deutschförderklassen, Inklusion, einem Allwettersportplatz auf dem Dach und der Stärkung persönlicher Kompetenzen wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt. Ein vorbildliches Konzept! ■

BayernSPD – 125 Jahre im Dienst von Freiheit und Demokratie

Renate Schmidt: „Mundwinkel hochziehen und kämpfen!“

AUS DEM LANDESVERBAND

Der Landesverband der BayernSPD hat am Sonntag, den 20. August, seinen 125. Geburtstag im Regina Filmtheater in Reinhausen, heute ein Stadtteil von Regensburg, gefeiert. Dort wurde der Landesverband einst gegründet.

Zum runden Jubiläum erinnerte die ehemalige Landesvorsitzende Renate Schmidt an die Erfolge sozialdemokratischer Politik, plauderte aus dem Nähkästchen und machte eine kämpferische Ansage im Hinblick auf die Bundestagswahl: „Wenn man jetzt sechs Wochen vor der Bundestagswahl schon aufhört an den Sieg zu glauben, hätte man gar nicht erst antreten sollen. Wahlen werden in den letzten Wochen entschieden. Zieht die Mundwinkel hoch: Kämpfen, kämpfen, kämpfen!“

SozialdemokratInnen haben heutiges Gesicht des Freistaats geprägt

In ihrer 125-jährigen Geschichte hat die BayernSPD die Entwicklung Bayerns zum modernen und demokratischen Freistaat wesentlich geprägt. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, wurde unter maßgeblicher

Mitwirkung von SozialdemokratInnen errungen. In Schicksalsstunden der bayerischen Geschichte trug die SPD Regierungsverantwortung und kämpfte um Demokratie und Freiheit. Dies hat Generalsekretär Uli Grötsch unmissverständlich klargemacht: „Vor allem wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben uns unsere Freiheit und unsere Art zu leben hart erarbeitet – von der Gründung des Freistaats Bayern über geregelte Arbeitszeiten bis zum Frauenwahlrecht.“

Damit die BayernSPD auch in Zukunft erfolgreich Politik machen könne, wolle man die Partei, vor allem für die Jugend, wieder attraktiver machen – zum Beispiel mit neuen, offenen Formaten. „Ein Schritt in diese Richtung ist mit dem Open Base Camp bereits gemacht worden“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD, Johanna Uekermann.

Chronik der BayernSPD online

Weitere Informationen zur 125-jährigen Geschichte der BayernSPD, von der Gründung durch Georg von Vollmar, über die Ausrufung des „Freistaates Bayern“ durch Kurt Eisner im Jahre 1918, die Ministerpräsidentenschaften



Renate Schmidt und Johanna Uekermann

Quelle: Georg Koch / BayernSPD

Wilhelm Hoegners, der „Vater der Bayerischen Verfassung“, bis hin zur Mitgliederbefragung um den Landesvorsitz in diesem Jahr finden Sie unter: <https://125jahre.bayernspd.de/chronik/>

Ein ausführlicher Bericht zum Thema folgt in der nächsten Ausgabe des Springenden Punktes. ■

Einladung von Gabriela Heinrich, MdB

Sonderführung „Straßenkreuzer“ mit Uli Grötsch

am Donnerstag, den 7. September um 17 Uhr
Straßenkreuzer-Sonderführung mit Uli Grötsch, MdB und Generalsekretär der BayernSPD.

Mitarbeiter des Sozialmagazins „Straßenkreuzer“ werden Nürnberg aus der Perspektive von Armen und Obdachlosen zeigen. Sie werden Themen wie Obdachlosigkeit, Drogensucht, Armut und Ausgrenzung zur Sprache bringen, soziale Einrichtungen vorstellen und von ihrem Alltag berichten. Aufgrund begrenzter Plätze ist eine Anmeldung erforderlich (per Mail: anmeldung@spd-nuernberg.de oder telefonisch unter 0911/438960).

Diskussionsrunde mit Thomas Oppermann, MdB

Soziale Teilhabe für alle aus Sicht von Kirche und Politik

am Montag, den 18. September 2017 um 19 Uhr

Auf Einladung der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Burkert und Gabriela Heinrich besucht Thomas Oppermann, MdB und Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, die Gustav-Adolf-Gedächtniskirche.

Hier wird Pfarrer Bernd Reuther das Projekt „Vesperkirche“ vorstellen, das vom 14. Januar bis 28. Februar 2018 bereits zum dritten Mal stattfinden wird. Wir möchten Sie herzlich zur Diskussionsrunde einladen und freuen uns auf Sie und eine spannende Diskussion!

Bundestagswahlkampf 2017



▲ Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir auf Festen und Kärwas unterwegs! Beim „Fest unter der Eiche“ im Haus der Heimat wird Gabriela Heinrich für ihre 10-jährige Mitgliedschaft geehrt.

◀ Natürlich darf auch bei der Großgründlacher Kärwa ein vollbesetzter und sehr gut gelaunter SPD-Stammtisch nicht fehlen.



Mit über 50 Bürgersprechstunden unter freiem Himmel gehen wir bis zum Wahlsonntag in Parks, wie auf die Hallerwiese ...



... aber auch in die Stadtteile, wie an den Nordostbahnhof, um über Bürgeranliegen und unsere politischen Ziele zu diskutieren.

2017 – Bilder und Eindrücke

► Bei Podiumsdiskussionen wie hier beim DGB streiten wir für unsere Inhalte, im Gegensatz zur CSU, die durch Abwesenheit glänzte.

▼ Unser herzlicher Dank gilt Angelika Weikert, die ihr wie immer sehr gut besuchtes „Politisches Sonntagsfrühstück“ im Gutmanns am Dutzensteich diesmal der Bundestagswahl widmete.



▲ Natürlich sind wir auch in diesem Jahr auf den Festen und Kärwas gut vertreten, wie hier beim Reichelsdorfer Kärwa-Umzug mit meinem Vorgänger Horst Schmidbauer auf dem Wagen.

▲ An unseren Infoständen wird einiges geboten, wie das Bedrucken von Taschen mit unseren Slogans.

► Ein echtes Highlight war einmal mehr der Dreh eines Films der besonderen Art mit Günter Gloser. Ihr dürft gespannt sein!



1. Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Wir werden ab der kommenden Legislaturperiode massiv investieren: in schnelle Glasfaserverbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber vor allem in Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir werden eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen, die fest in der mittelfristigen Finanzplanung verankert wird. Wir sorgen dafür, dass es in den Schulen unserer Kinder nicht durchs Dach regnet, anstatt Steuergeschenke mit der Gießkanne zu verteilen. Unser Steuerkonzept ist eine gezielte Entlastung für Familien und für kleine und mittlere Einkommen.

2. Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Wir werden eine aktive Industriepolitik betreiben und eine Innovationsallianz für die deutsche Industrie schließen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. So werden wir etwa die Automobilindustrie in der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen und mithelfen, eine Batteriezellproduktion für Elektrofahrzeuge in Deutschland aufzubauen. Wir wollen einen Digitalisierungsfonds auflegen, der gerade auch Mittelstand und Handwerk zugutekommen soll.

3. Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

Wir werden immer fest im Blick haben, dass aus technologischem Fortschritt immer auch sozialer Fortschritt werden sollte. Das heißt, dass wir die Chancen von Arbeit 4.0 nutzen wollen, aber soziale Errungenschaften



Martin Schulz mit seiner Frau Inge – seit über 30 Jahren sind sie verheiratet.

in der digitalisierten Welt nicht aufgeben werden. Ein Bundeskanzler darf sich nicht von Kompetenzdebatten davon abschrecken lassen, konkrete Verbesserungen zu fordern. Warum gibt es die meisten Formulare nicht online? Warum muss man beim Wohnungswechsel noch zum Bürgeramt laufen? Wir werden ein Deutschlandportal für Bürger und Unternehmen schaffen, in dem

10 Gründe, am 24. September

alle Formalitäten leicht und unbürokratisch abgewickelt werden können.

4. Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

Wir werden in eine starke Bürgergesellschaft investieren, die Identität stiftet und Heimat gibt. Wir werden ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen, das als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Durch echte Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen werden wir einen neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft schaffen. Den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie – egal wie motiviert – werden wir intensivieren.

5. Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Wir werden einen Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen schließen, die sachgrundlose Be-



Treffen mit Kanadas Premier Justin Trudeau.

fristung abschaffen und uns zum Ziel setzen, dass in vier Jahren deutlich weniger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto für Erwerbstätige gibt. Wir machen Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Mit unserem Rentenkonzept sichern wir das Rentenniveau und verhindern ein Abrutschen in die Altersarmut.

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 162

SEPTEMBER 2017

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

die Depesche nach der Sommerpause zeigt mit ihren Themen sehr gut, welche Schwerpunkte die Nürnberger SPD-Stadtratsfraktion setzt und welche Fragen die Kommunalpolitik beschäftigen.

Da sind zum einen das Thema Wohnen und insbesondere die Frage des geförderten Wohnungsbaus – hier haben wir durchgesetzt, dass die Quote bei Neubaumaßnahmen weiter erhöht wurde. Nach dem Dieselskandal gilt es auch für die Kommunen zu schauen, wie können wir den ÖPNV weiter stärken und was müssen wir als Stadt tun, um unsere städtische Fahrzeugflotte zukunftsfähig zu machen. Nachwirkungen zeigt immer noch die versuchte Abschiebung aus einer Nürnberger Berufsschule – hierzu hat der Stadtrat eine Resolution verabschiedet und wir betonen auch, dass wir in Nürnberg unsere In-

tegrationsbemühungen weiter fortsetzen werden. Der Neubau eines Konzertsaals wird uns ebenfalls noch eine ganze Reihe von Jahren beschäftigen. Der Stadtrat hat kürzlich den endgültigen Standort im Westen der Meistersingerhalle festgelegt. Nun können weitere Schritte folgen.

All das hat viel mit Finanzen zu tun. Der erste Schritt in die Haushaltsberatungen wird im September mit der Einbringung des Haushalts durch unseren Kämmerer Harald Riedel gemacht und wird dann ein bestimmendes Thema bis in den November sein.

Ihre



Dr. Anja Pröbß-Kämmerer
Fraktionsvorsitzende



KONTINUIERLICHE VERBESSERUNG DES GEFÖRDERTEN WOHNUNGSBAUS

Bereits im Jahr 2006 hat die SPD-Fraktion den geförderten Wohnungsbau auf die Agenda gesetzt. Obwohl zum damaligen Zeitpunkt die Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt noch nicht in der heutigen Form abzusehen war, haben wir einen Beschluss herbeigeführt, der beim Neubau von Wohnungen eine Quote von 30 Prozent für den geförderten Wohnungsbau vorsah - dieser unterlagen alle Bauprojekte ab 100 Wohneinheiten.

Dieser Beschluss ist im Jahr 2013 der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt angepasst worden, indem bereits ab 70 Wohneinheiten 20 Prozent für den geför-



Am Nordostbahnhof 20 und 22 hat die wbG 40 geförderte Wohneinheiten gebaut

derden Wohnungsbau sichergestellt wurden – ab 100 Wohneinheiten blieben es weiterhin 30 Prozent.

Nachdem sich auch weiterhin eine angespannter Situation am Wohnungsmarkt abzeichnet, hat die SPD-Fraktion zuletzt im Frühjahr 2017 im Rahmen des Baulandbeschlusses 30 Prozent geförderten Wohnungsbau ab 30 Wohneinheiten gefordert und dies auch durchgesetzt – gegen die Stimmen der CSU. Damit senden wir ein klares Signal für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sowohl an die Bauwirtschaft als auch an die Nürnberger Mieterinnen und Mieter.

Weitere Informationen: Gerald Raschke; spd@stadt.nuernberg.de



SPD-FRAKTION WILL FÖRDERMÖGLICHKEITEN FÜR ÖPNV UND FLOTTENUMRÜSTUNG NUTZEN

Die SPD-Stadtratsfraktion zeigt sich ernüchtert von den Ergebnissen des Diesel-Gipfels in Berlin. Ein Software-Update wird nicht reichen, um die Großstadtluft spürbar zu verbessern. Dieselfahrzeuge brauchen auch eine technische Nachrüstung, um den Stickoxid-Ausstoß nennenswert zu reduzieren. Andernfalls drohen gerichtlich verhängte Fahrverbote und Bürger müssen auslöffeln, was die Automobilindustrie eingebrockt hat.

Auch für Nürnberg sieht die Rathaus-SPD Handlungsbedarf und wird deshalb prüfen lassen, wo und in welchem Umfang die eigene Flotte um- und nachgerüstet werden kann, um Emissionen zu reduzieren. Zudem will die SPD-Fraktion auch Mittel aus dem angedachten 500-Millionen-

Euro-Fonds „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“ in Anspruch nehmen.

Unerlässlich im Kampf für sauberere Luft ist nach Ansicht der Sozialde-



Um den Stickoxid-Ausstoß zu reduzieren brauchen Dieselaautos eine technische Nachrüstung

mokraten der Ausbau der Radinfrastruktur und des öffentlichen Nah-

verkehrs. Im Durchschnitt sitzen 1,3 Personen in einem Pkw, wodurch auf unseren Straßen viel Verpackung mit wenig Inhalt unterwegs ist. Darum wird die Rathaus-SPD weitere Angebote zum Umsteigen – vor allem für die Pendler – machen und gerade U- und Straßenbahn, aber auch Radwege ausbauen.

Sollte es zusätzliche Fördermittel geben, erhofft sich die SPD-Stadtratsfraktion auch eine schnellere Realisierung. Neben dem Bau der Stadt-Umland-Bahn nach Erlangen plant die Stadt Nürnberg derzeit eine Straßenbahnverlängerung über das Südbahnhofgelände und eine neue Trasse in den Nürnberger Süden.



Weitere Informationen: Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de

SCHULEN MÜSSEN VERTRAUENSÄUERE BLEIBEN

Mit überwältigender Mehrheit hat sich der Stadtrat Ende Juli für eine Resolution zu den Vorfällen an der B11 Ende Mai ausgesprochen. Der umstrittene Abschiebeversuch eines jungen Afghanen hatte damals bundesweit Aufmerksamkeit erregt. In der Resolution appellierten die Stadträtinnen und Stadträte noch einmal an Regierung und Polizei, derartige Einsätze an oder vor Schulen oder Einrichtungen der Jugendhilfe unbedingt zu vermeiden. Beide müssten als besondere Vertrauensräume geachtet werden.

Wie bereits in der Stellungnahme des Gesamtpersonalrats enthält auch die Resolution die Feststellung, dass Gewalt kein Mittel der Auseinandersetzung auch bei gesellschaftlich und politisch umstrittenen Themen wie Abschiebungen sein könne. Auch wird klargestellt, dass Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe keine rechtsfreien Räume

sind oder waren. Auch künftig werde es Situationen im Spannungsfeld von ordnungsrechtlichen Maßnahmen und pädagogisch verantwortlichem



Berufsschule B11 in der Deumentenstraße

Handeln geben. Rechtskonformes Verhalten sei dabei selbstverständlich, auch wenn anerkannt wird, dass dies zu Gewissenskonflikten führen könne.

Entsprechend der guten Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule und Polizei muss bei jedem

Einsatz jedoch eine sehr sorgfältige Prüfung im Rahmen des Ermessens zur Verhältnismäßigkeit stattfinden. Denn nur in vertrauensvoller und geschützter Atmosphäre kann soziales und schulisches Lernen und damit Integration gelingen.

Erneuert wird in der Resolution auch die bereits vor vier Jahren erhobene Forderung an das Innenministerium, Abschiebungen nach Afghanistan aufgrund der Sicherheitslage auszusetzen. Dies gelte es auch bei der aktuellen Neubewertung der Lage durch das Auswärtige Amt zu berücksichtigen. Betont wird in der Resolution auch, dass sich die Stadt Nürnberg auch weiterhin dafür einsetzen wird, dass auch junge Menschen ohne gesicherten Bleibestatus, die aber lange in der Stadt leben werden, in ihren Anstrengungen um Bildung und Teilhabe unterstützt werden.



Weitere Informationen: Diana Liberova, Dr. Anja Pröhl-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de

DER NEUE KONZERTSAAL WIRD WESTLICH NEBEN DER MEISTERSINGERHALLE GEBAUT

Die SPD-Fraktion freut sich, dass der Nürnberger Stadtrat noch in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einstimmig grünes Licht für den Standort der geplanten neuen multifunktionalen Konzerthalle gegeben hat. Der Bau – der zwischen 2020 und 2023 entstehen soll – kommt nun westlich neben den kleinen Saal der Meistersingerhalle, Ecke Münchener Straße/Schultheißallee.

Die Rathaus-SPD hatte ursprünglich den Standort östlich der Meistersingerhalle bevorzugt, ließ sich aber zu guter Letzt von den Argumenten der Stadtverwaltung überzeugen, dass der 25 bis 30 Meter hohe Konzertsaal – 60 mal 90 Meter in der Fläche – im Westen städtebaulich besser wirkt.

Zudem wären einem Bau im Osten 650 Parkplätze zum Opfer gefallen – eine Tiefgarage dort als Ersatz kam wegen steinigem Untergrund und Grundwasser so gut wie nicht in Frage. Ein Standort im Süden hätte

den Luitpoldhain verkleinert, einer im Norden viele wertvolle Bäume



Konzertsaal-Standort neben der kleinen Meistersingerhalle, Ecke Münchener Straße/Schultheißallee



gekostet. Im Westen dagegen sollen die betagten Bäume an der Münchener Straße - soweit möglich - erhalten bleiben.

Eine Herausforderung bleibt die Steuerung des hohen Verkehrsaufkommens bei Veranstaltungen – nur den Takt von Straßenbahn und Bussen zu erhöhen reicht nicht. Noch im Herbst wird jetzt ein Realisierungswettbewerb ausgelobt und nach Auswahl der eingereichten Entwürfe durch ein Preisgericht soll der Preisträger – mit Zustimmung des Stadtrats – bereits im Laufe des kommenden Jahres feststehen.

Dann gibt es auch Klarheit in Sachen Konzertsaal-Kosten, über die man bislang nur weiß, dass der Freistaat bereit ist, sich mit bis zu 75 Millionen Euro zu beteiligen.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröhl-Kammerer, Dr. Ulrich Blaschke; spd@stadt.nuernberg.de



VERLEIHUNG DER BÜRGERMEDAILLE 2017

Am Sonntag, den 16. Juli wurde anlässlich des Stadtgründungstags wieder die Bürgermedaille für besondere Verdienste um die Stadt Nürnberg vergeben.

Antje Rempe und Peter Dickopp wurden für ihr jahrelanges Engagement im Bereich der interkulturellen Zusammenarbeit geehrt: Antje Rempe als „Herz“ des Partnerschaftsvereins Nürnberg-Charkiw, Peter Dickopp setzte sich vor allem für den Austausch mit Spanien und Lateinamerika ein, war bzw. ist aber auch im Bürgerverein Gostenhof und in der Flüchtlingshilfe engagiert. Rudolf Ceslanski erhielt die Auszeichnung für seine Verdienste rund um die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg und die Bildungsarbeit mit

Schülern und Besuchern der Stadt und Professor Dieter Kempf hatte über zwei Dekaden hinweg als Vorstandsvorsitzender der DATEV – eines der größten und wichtigsten Unter-

nehmen in Nürnberg – wichtige Spuren im Nürnberger Wirtschaftsleben hinterlassen. Ihnen allen gratuliert die SPD-Stadtratsfraktion herzlich zu der Auszeichnung.



v.l.n.r.: Dr. Ulrich Maly, Peter Dickopp, Antje Rempe, Prof. Dieter Kempf, Rudolf Ceslanski

SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTILEN

Aus den Stadtteilen

GLOCKENHOF, BLEIWEISS, RENNWEG, VEILHOF, WÖHRD

Mit dem Gebiet Rennweg, Gärten bei Wöhrd und Veilhof erhält zum 3. Mal ein Stadtgebiet systematisch Radständer auf öffentlichem Grund: 500 Radständer für bis zu 1.000 Räder werden an rund 170 Standorten aufgestellt. 37 von 48 zusätzliche Standortvorschläge aus der Bürgerschaft werden umgesetzt, siehe www.onlinebeteiligung.nuernberg.de. Das nächste Radständerprojekt für die Stadtteile Glockenhof und Bleiweiß steht bereits samt Online-Beteiligung für den Zeitraum vom 10.10. bis 10.11.2017 in den Startlöchern.

GOSTENHOF I UND GOSTENHOF II

Was lange währt wird endlich gut: Die Bauarbeiten zum Ersatz der alten Lichtkuppelabdeckungen in der Fürther Straße an den U-Bahnhöfen Gostenhof und Bärenschanze sollen spätestens im Frühjahr 2018 erfolgen – Sechseinhalb Jahre nach Eröffnung konnte das „Memorium Nürnberger Prozesse“ seine 500.000sten Besucher begrüßen.

KORNBURG, WORZELDORF

Kornburg und Worzeldorf brauchen ebenso wie die Gemeinden Wendelstein und Schwanstetten eine schnellere und effektivere ÖPNV-Anbindung zur U-Bahn. Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, die VAG möge ab 2019 eine Busdirektverbindung von Kornburg zur U-Bahn einrichten und eine Verstärkung des Taktes sowie Beschleunigungsmöglichkeiten auf der Linie 51/651 prüfen.

Aus dem Stadtrat

SPD-STADTRÄTINNEN BEGRÜßEN BAUMERHALT IN GOSTENHOF

Im Stadtplanungsausschuss ist mit einem Beschluss der Erhalt der alten Bäume im Lederer-Biergarten sichergestellt worden. Hintergrund sind Pläne des Grundstückseigentümers zur Bebauung nach Aufgabe des Biergartens. Die Stadträtinnen Eva Bär und Yasemin Yilmaz freuen sich zudem über den ebenfalls beschlossenen städtebaulichen Wettbewerb als Chance für bezahlbare Wohnungen mit integrierter Krippe oder Seniorenwohnen. Auch für einen Erwerb durch die Stadt für eine künftige öffentliche Grünfläche machen sie sich stark.

PRÜFBERICHTE STÄDTISCHER PFLEGEHEIME ONLINE

Das Nürnbergstift stellt die Prüfberichte der „Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht“ (FOA) für die städtischen Pflegeeinrichtungen ab sofort online. Unter www.nuernbergstift.de sind die Berichte auf den Webseiten des Sebastianspitals, der Senioren-Wohnanlagen St. Johannis und Platnersberg sowie des August-Meier-Heims platziert.

SPD-FRAKTION MACHT SICH FÜR ÖFFENTLICHES WLAN STARK

Die EU will kostenlose WLAN-Zugänge in Parks, auf Plätzen und in öffentlichen Gebäuden fördern. Aus diesem guten Grunde beantragte die Rathaus-SPD die Prüfung einer Bewerbung zur Teilnahme der Stadt Nürnberg am WiFi4EU getauften Förderprogramm.

VERBESSERUNG DER VIDEOÜBERWACHUNG IM U-BAHN-BEREICH

Durch einstimmigen Beschluss im Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit wurde die Stadtverwaltung beauftragt, zur Sicherheit der Fahrgäste die U-Bahnhöfe im Vollausbau mit Videos auszustatten.

DER TAG DER OFFENEN TÜR DER STADT NÜRNBERG

TAG DER
OFFENEN
TÜR

DIE SPD-STADTRATSFRAKTION IST DABEI! AM 15. OKTOBER 2017

In den Räumen der Fraktion im Nürnberger Rathaus gibt es u.a. die Möglichkeit, mit StadträtInnen zu sprechen, Spiele für Kinder und kleine Geschenke. Selbstverständlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt.
Besuchen Sie uns!

RO + KUL
TE TUR
NACHT

25.11.2017
KÜNSTLERHAUS IM
KunstKulturQuartier
WWW.ROTEKULTURNACHT.DE
#rotekulturnacht

September die SPD zu wählen

6. Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen

Wir werden massiv in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen investieren und den Zugang kostenfrei machen. Wir werden das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit endlich umsetzen und somit vielen Frauen einen Weg aus der Teilzeitfalle eröffnen. Mehr Zeit für Familie wollen wir durch ein Recht auf Familienzeit für Kinder und für die Pflege von Angehörigen unterstützen. Familien werden durch unser Steuermodell entlastet und beim Erwerb oder Bau eines Eigenheims durch ein Familienbaugeld finanziell unterstützt.

7. Eine Bildungsoffensive starten

Wir werden für kostenfreie Bildung sorgen – von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung. Wir werden alles daransetzen, das Kooperationsverbot abzuschaffen, damit der Bund die Länder endlich unterstützen kann, für bessere Schulen zu sorgen. Wir werden dafür kämpfen, dass Bildung in Deutschland kein ungleicher Flickenteppich mehr ist, sondern wir lan-



Im Gespräch mit dem Dalai Lama.

desweit Vergleichbarkeit auf hohem Niveau erreichen. Dafür werden wir eine Nationale Bildungsallianz zwischen Bund und Ländern schließen. Als Teil unseres Investitionsprogramms machen wir die Berufsschulen zu Zukunftswerkstätten, wo an den neusten Maschinen mit modernster Technik gelernt wird.

8. Europa besser machen

Wir werden in einem ersten Schritt die Eurozone als Kern der EU reformieren und stärken. Die Eurozone braucht ein Investitionsbudget, das wirtschaftliche Innovation und Kraft europaweit fördert – auch in struk-

turschwachen Regionen. Wenn wir nicht in Europa investieren, riskieren wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents. Die Weiterentwicklung der Eurozone darf nicht vom Veto von Staaten abhängen, die dieser nicht angehören. Eine Priorität unserer europapolitischen Anstrengungen wird der Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb durch Steuerdumping sein.

9. Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

Wir werden im Zuge der nächsten europäischen Haushaltsplanung die Finanzplanung als Solidaritätspakt formulieren. Uns ist es wichtig, dass das Prinzip der Soli-



Im Gespräch mit Papst Franziskus.

darität in Europa wieder gelebt wird. Deutschland muss bereit sein, mehr in Europa zu leisten, und unter Umständen auch mehr zum EU-Haushalt beitragen. Gleichzeitig muss im Solidaritätspakt klar geregelt sein, dass Länder, die Solidarität in wichtigen Fragen verweigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen und nicht mehr mit der vollen finanziellen Solidarität Deutschlands und der anderen Staaten rechnen können.

10. Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Wir werden nicht zulassen, dass mehr Wirtschaftswachstum zu mehr Ausgaben für Waffen führt, wie es Angela Merkel und Donald Trump wollen. Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen, sondern durch Konfliktlösung und -prävention und durch bessere Entwicklungschancen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Klimawandel. Wir fordern deshalb Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und mindestens 1,5-mal mehr zusätzliche Ausgaben für Entwicklung als für Rüstung. Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion statt einer Aufrüstungsspirale.

Termine

05.09.2017 - 18:00 Uhr
SPD Langwasser:
Besuch des Volksfestes

08.09.2017 - 16:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
bis ca. 18:00 Uhr, ZA-RA
Markt, Leipziger Platz 1-3

08.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Rangierbahnhof:
Aktivensitzung
Sportgaststätte ESV Ran-
gierbahnhof, Friedrich-List-
Weg 10

09.09.2017 - 11:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
bis ca. 13 Uhr, MERCADO,
Äußere Bayreuther Str. 80

12.09.2017 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19.00 Uhr

12.09.2017 - 19:00 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach-
Maiach: Ortsvereinsitzung
Röthenbacher Hauptstr. 74

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte SV Rei-
chelsdorf

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Johannis:
Aktiventreffen September
im Athos, Johannisstr. 118

Erfolgsprojekt VDE 8

Von Nürnberg nach Berlin in knapp drei Stunden

VON MARTIN BURKERT, MdB

Bereits im Jahr 1991, also kurz nach der Wiedervereinigung, wurden die Verkehrs-



projekte Deutsche Einheit (VDE) ins Leben gerufen. Das Ziel: eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland. Insgesamt gibt es neun Schienenprojekte, VDE 8 ist das größte davon.

Zehn Jahre ist es bereits her, dass sich der Parlamentarische Unterstützerkreis zur „Vollendung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 8“ konstituiert hat. Seither haben wir, über Parteigrenzen hinweg, die politische Unterstützung für das Projekt sichergestellt und vorangetrieben. Als Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender (ab Jan. 2010) habe ich mich seither aktiv dafür eingesetzt, dass die ICE-Verbindung von Nürnberg nach Berlin 2017 in Betrieb genommen wird. Wie sich heute zeigt, mit Erfolg!

Bereits im Jahr 2006 ist die Ausbaustrecke zwischen Leipzig/Halle und Berlin (VDE 8.3) in Betrieb genommen und die Reisezeit zwischen den beiden Städten damit halbiert worden. Seit Dezember 2015 ist auch die Neubaustrecke zwischen Erfurt und Leipzig/Halle in Betrieb (VDE 8.2). Mit der Inbetriebnahme der Aus- und Neubaustrecke zwischen Nürnberg und Erfurt (VDE 8.1) im Dezember 2017 werden schließlich alle Trassen zwischen Nürn-

berg und Berlin fertig sein. Das VDE 8-Projekt steht damit kurz vor seiner erfolgreichen Vollendung.

Für die Metropolregion Nürnberg und für Bayern insgesamt ist das ein entscheidender Standortvorteil, für Bahnreisende zwischen München/Nürnberg und Berlin eine enorme Entlastung. Dreimal täglich wird der Sprinter von München nach Berlin (und wieder zurück) starten und nur in Nürnberg, Erfurt und Halle (Saale) halten. Dabei erreicht er Geschwindigkeiten von bis

zu 300 Kilometern die Stunde.

Die neuen Fahrtzeiten ab Dezember 2017:

Nürnberg – Berlin: ca. 2:50 Std.

(vorher 4:40 Std.)

Nürnberg – Erfurt: ca. 1:20 Std.

(vorher: 3:10 Std.)

München – Berlin: ca. 3:55 Std.

(vorher 6:00 Std.)

München – Erfurt: ca. ca. 2:15 Std.

(vorher 4:30 Std.)

München – Halle: ca. 2:45 Std.

(vorher 4:50 Std)

Die Bahn bietet damit eine gute Alternative zum Auto. Innerdeutsche Flüge werden immer unnötiger. Rechnet man An- und Abreisezeiten zum und vom Flughafen ein, ist die Deutsche Bahn gegenüber dem Flugzeug absolut wettbewerbsfähig. Wie wir Verkehrspolitiker in der SPD-Bundestagsfraktion es bereits in unserem Positionspapier „Verkehrslärm wirksam reduzieren – für einen besseren Schutz von Mensch und Umwelt“ fordern, sollen durch schnelle Bahnverbindungen nach und nach innerdeutsche Flüge ersetzbar gemacht werden. Diesem Ziel sind wir jetzt ein Stückchen näher. Das ist vor allem für unsere Umwelt ein wichtiger Schritt. ■

Lehrer in den Sommerferien - Manche sind zu beneiden, manche zu bemitleiden

Die SPD setzt sich im Landtag für befristet angestellte Lehrkräfte ein

VON STEFAN SCHUSTER, MdL

Lehrer müsste man sein: Sechs Wochen Sommerferien, um sich auf die faule Haut zu legen – so weit, so klischeehaft. Natürlich bedeuten die Sommerferien für Lehrer nicht gleich sechs Wochen Freizeit. Sie müssen sich auf das neue Schuljahr vorbereiten und Viele müssen noch einiges mehr. Zum Beispiel einen Ferienjob suchen und eine Anstellung für das neue Schuljahr finden. Rund 2.000 studierte Lehrer und Lehrerinnen in Bayern sind



nur für die Schulzeit angestellt und müssen in den Ferien ohne Gehalt über die Runden kommen.

Betroffen sind vor allem junge Lehrer, die keine passende Festanstellung haben. Insgesamt 5.000 Realschul- und Gymnasiallehrer befinden sich auf der Warteliste für eine Stelle in Bayern, dafür fehlt es aber an Grund- und Mittelschullehrern. Hier ist der Mangel so groß, dass das Kultusministerium angekündigt hat, alle Anträge auf Frührentierung abzulehnen. Nur durch Umschulungen schaffen es die Lehrkräfte, anständige Anstellungen in den Grund- und Mittelschulen zu erhalten und zumindest eine Chance auf eine dauerhafte Anstellung zu haben. Besonders attraktiv scheint diese Aussicht aber nicht

zu sein, weshalb sich viele Lehrer lieber dafür entscheiden, in andere Bundesländer zu gehen oder abzuwarten.

Einige Lehrkräfte finden noch zum Schulbeginn oder während des Schuljahres eine kurzfristige Anstellung als Vertretung. Die Pädagogen erhalten aber nur Zeitverträge – solange sie benötigt werden, maximal bis 31. Juli. Dabei gibt es eigentlich eine Reserve an fest angestellten Vertretungslehrern. Der Freistaat spart aber seit vielen Jahren an dieser Stelle und geht jedes Jahr auf die Suche nach neuen Vertretungslehrern. So kommt es vor, dass eigentlich kurzfristig eingestellte Vertretungen teilweise über Jahre hinweg an ein und derselben Schule tätig sind, ohne eine unbefristete Stelle zu erhalten oder in den Sommerferien bezahlt zu werden. Für viele Lehrkräfte bleibt eine feste Anstellung so eine Utopie. Sie gehen in das Schuljahr mit der

Perspektive, im nächsten Sommer wieder arbeitslos zu sein. Das bedeutet nicht nur kein Gehalt im nächsten Sommer, sondern auch die erneute Suche nach einer Anstellung für das folgende Schuljahr.

Der Freistaat muss hier endlich bessere Bedingungen für Lehrkräfte schaffen. Es kann nicht sein, dass jeden Sommer tausende gut ausgebildete Lehrkräfte keine Sicherheit über ihre zukünftige Anstellung, ihr Gehalt und ihren Wohnort haben, weil das Kultusministerium keine ausreichenden Stellen schafft. Die SPD macht sich im Landtag dafür stark, den Lehrern und Lehrerinnen eine Perspektive zu geben, Stellen zu entfristen und die Reserve auszubauen. ■

Termine

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Ortsvereinstreffen
SIGENA, Plauener Str. 7

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
SVL Sportheim,
Schupfer Str. 81

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Gostenhof:
Ortsvereinstreff
Nachbarschaftshaus Gos-
tenhof, Adam-Klein-Str. 6

12.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt,
Wohlauer Str. 16

13.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Hummelstein:
Aktiventreff
Ort: Bekanntgabe erfolgt
demnächst!

14.09.2017 - 18:30 Uhr
AG Migration und Vielfalt:
Stammtisch
Bulmann's Gärtla,
Bulmannstraße 31

15.09.2017 - 16:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
bis ca. 18:00 Uhr, ZA-RA
Markt Leipziger Platz 1-3

16.09.2017 - 10:00 Uhr
SPD Gibitzenhof-
Steinbühl: Infostand
am Aufseßplatz

Termine

16.09.2017 - 11:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
 bis ca. 13 Uhr, MERCADO,
 Äußere Bayreuther Str. 80

18.09.2017 - 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Mitgliederversammlung
 Gemeindezentrum der
 Evang.-Luth. Kirchengemeinde
 Nürnberg-Lichtenhof
 Aktuelle Themen und Verkehrs-
 politik (Maut, Auto-
 bahnprivatisierung) mit
 Martin Burkert

19.09.2017 - 19:30 Uhr
SPD Schweinau-St.Leonhard:
Jahreshauptversammlung
 Restaurant Sarajevo (Hin-
 terzimmer), Schwabacher
 Str. 53

22.09.2017 - 16:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
 bis ca. 18:00 Uhr, Leipziger
 Platz 1-3

23.09.2017 - 10:00 Uhr
SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
Infostand
 am Aufseßplatz

23.09.2017 - 11:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Infostand
 bis ca. 13 Uhr, MERCADO,
 Äußere Bayreuther Str. 80

25.09.2017 - 19:00 Uhr
AsF Nürnberg:
Aktivensitzung
 Seminarraum 4, Südstadt-
 forum, Siebenkeesstr. 4

Eine neue Initiative für Frieden

Nachhaltige Maßnahmen gibt es nur mit der SPD

VOM GABRIELA HEINRICH, MdB

Über 65 Millionen Flüchtlinge gibt es derzeit in der Welt. Sie fliehen vor Krieg und Verfolgung. Nicht nur in Syrien herrscht weiterhin die Gewalt, sondern auch im Südsudan und im Jemen, in Somalia und Afghanistan. Konflikte haben viele Ursachen. Wir brauchen daher ein Bündel an Maßnahmen:

Martin Schulz wird als Kanzler eine Abrüstungsinitiative starten!

Wir wollen die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Massenvernichtungswaffen – seien sie atomar, chemisch, biologisch oder konventionell. Die verbliebenen taktischen Atomwaffen sollen aus Deutschland und Europa abgezogen werden. Die SPD will ein Verbot des Kleinwaffenexportes außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern sowie eine einheitliche restriktive Rüstungsexportpolitik in Europa. Die europäische Außenpolitik soll stärker auf die Menschenrechte ausgerichtet werden. Angela Merkel will stattdessen die Rüstungsausgaben um 30 Milliarden Euro im Jahr verdoppeln. Bei dieser Bundestagswahl entscheiden die Wählerinnen und Wähler, welchem Kurs sie zur Mehrheit verhelfen.

Konfliktprävention fördern!

Die SPD hat in den letzten vier Jahren die Mittel für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung mehr als verdoppelt. Die Aufarbeitung von Konflikten – auch von sexueller Gewalt in Konflikten – ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden nach einem Bürgerkrieg. Frauen müssen mehr an Friedensverhandlungen beteiligt werden. In der Entwicklungszusammenarbeit müssen wir zerfallende Staaten wie Libyen stabilisieren. Nach einem Krieg muss die Weltgemeinschaft in Wiederaufbau investieren. Denn Perspektivlosigkeit ist nicht nur eine Fluchtursache, sondern nährt neue Gewalt und Terrorismus.

Partnerschaft für Demokratie!

Migrationspakete und Investitionspartnerschaften dürfen nicht mit autoritären Re-

gierungen geschlossen werden, ohne dass Demokratie und Menschenrechte eine Rolle spielen. Wer politische Gegner oder Minderheiten verfolgt, ist selbst Verursacher von Konflikten und Flucht. Partnerschaften müssen dafür genutzt werden, die Achtung der Menschenrechte zu fördern. Ich bin dafür, die Länder besonders stark zu unterstützen, die demokratische Reformen einleiten.

Globale Gerechtigkeit!

In allen deutschen und europäischen Handels-, und Investitionsabkommen mit Entwicklungsländern müssen menschenrechtliche, ökologische, verbraucherpolitische und soziale Standards festgeschrieben werden. Entwicklungskomponenten in Abkommen lassen Wertschöpfungsketten vor Ort entstehen. Deutsche Unternehmen müssen auch in Entwicklungsländern die Menschenrechte achten. Hierzu wollen wir den von uns durchgesetzten „Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ weiterentwickeln. Die Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft gegen Hunger, Armut und für den Klimaschutz müssen wir konsequent umsetzen.

Nürnberg

SPD

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm,
 Tim Koss, Andreas Mittelmeier,
 dsp@spd-nuernberg.de

Redaktionsanschrift:

der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie
 Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint
 jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gefährdengesetz in Bayern

JUSOS protestieren gegen bedenkliches Gesetz

VON JULIAN MATSCHINSKE

Am 19. Juli wurde ein Gesetz verabschiedet, das das potenziell unendliche Einsperren von sogenannten Gefährdern ermöglicht. Dieses Gesetz, das man eher Staaten mit maroden Demokratien zutrauen würde, wurde mit großer Mehrheit und leider ohne nennenswerte Gegenstimmen im Bayerischen Landtag beschlossen.

Dieses Gesetz ist aus zahlreichen Gründen äußerst bedenklich. Die Definition, wer als Gefährder gilt und wer nicht, ist vage und kann deshalb zu willkürlichen

fährlichkeit einer Person zu folgen. Dazu kommt noch die Frage der Verantwortung, falls nach der Freilassung doch jemand eine schwere Straftat begeht. Welcher Richter würde sie wirklich eingehen wollen? Die sicherere Entscheidung für ihn wäre immer das Bestätigen des Gewahrsams. Man würde nie zeigen können, dass sich der Eingesperrete in Freiheit tadellos verhalten hätte. Zusammengenommen ist das geradezu die Perversion des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“.

Umso erstaunlicher ist die Reaktion der Medien und der Opposition in Bayern.



Entscheidungen führen. Außerdem wird der rechtstaatliche Grundsatz gebrochen, dass man nur für Taten bestraft werden kann, die man nachweislich begangen hat. Hier sind wir aus gutem Grund sehr streng und verlangen normalerweise erdrückende Beweise, um jemanden verurteilen zu können. Der Leitsatz „in dubio pro reo“ ist dabei zentral und eine kostbare Errungenschaft des Rechtsstaats. Nicht so beim Gefährdengesetz: allein die „drohende Gefahr“, also das vermutete Vorhaben eine schwere Straftat zu begehen, reicht für den Gewahrsam aus, der immer wieder neu angeordnet werden kann. Zur Rechtfertigung wird mit der terroristischen Gefahr argumentiert, aber prinzipiell kann das Gesetz auch andere Gruppen treffen, die als Gefährder eingestuft werden.

Experten zufolge werden die Richter künftig kaum eine andere Wahl haben, als der Einschätzung der Polizei über die Ge-

weinzelt war zwar Kritik zu hören, diese verhalte aber ohne eine nennenswerte Auseinandersetzung. Die SPD-Fraktion konnte sich nicht einmal zu einem klaren „Nein“ durchringen und enthielt sich zusammen mit den Freien Wählern.

Eine Ausnahme ist hier der Ressortleiter für Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl, der als ehemaliger Staatsanwalt und Richter dieses Gesetz als „Schande für einen Rechtsstaat bezeichnet“ und klar verurteilt.

Die Jusos Nürnberg hielten es deshalb für eine Notwendigkeit und für ihre Pflicht dieses Gesetz nicht einfach hinzunehmen, sondern erneut auf die Risiken und Gefahren aufmerksam zu machen, die von diesem Gesetz ausgehen. Am 11. August riefen sie dazu zu einer Kundgebung am Weißen Turm auf, passenderweise vis-à-vis von der Polizeiinspektion. Es sprachen Vertreter der Grünen, der Linken und der Jusos.

Es bleibt zu hoffen, dass das Gesetz einer verfassungsrechtlichen Überprüfung unterzogen wird und daraufhin fallengelassen werden muss. ■

Termine

26.09.2017 - 14:00 Uhr

AG 60+: Sitzung
Wilhelm-Riepekoohl-Raum,
Karl-Bröger-Straße 9

26.09.2017 - 17:00 Uhr

Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19.00 Uhr

26.09.2017 - 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

26.09.2017 - 20:00 Uhr

SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung
ASC-Sportheim in Boxdorf

27.09.2017 - 19:00 Uhr

SPD Steinbühl: Nach
der Wahl ist vor der Wahl!
Karl-Bröger-Zentrum, Raum
Riepekoohl, Karl-Bröger-Str. 9
(Eingang von der Celtisstr.)

28.09.2017 - 17:00 Uhr

AfA: Diskussion
mit Stefan Schuster (MdL)
Käte-Strobel-Sitzungszim-
mer im KBZ

02.10.2017 - 19:30 Uhr

Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

04.10.2017 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
mit Stefan Schuster (MdL),
Ort: Bekanntgabe erfolgt
demnächst!

www.spd-nuernberg.de



MARTIN SCHULZ KOMMT!

Großkundgebung
am 22. September 2017
ab 13.30 Uhr
Jakobsplatz, Nürnberg



Am 24. September SPD wählen!

Straße 9, 90459 Nürnberg.

**Der SPD-Ortsverein Nürnberg Altstadt
lädt herzlich ein**

Trempelmarktfest

Am 8. September 2017 ab 18.00 Uhr

Vor der Lorenzkirche (Wetterhäuschen)

Mit Livemusik von „Goosebumpmusic“

Für Brotzeit und Getränke ist bestens gesorgt!

**Die Knoblauchsland-SPD
lädt ein zum**

43. Kinderfest

Am 23. September 2017 von 13 bis 18 Uhr

im Behindertenzentrum Boxdorf – Am Spund 4

Spiele – Vorführungen – Tombola

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Oktober 2017!